

Regierungserklärung zur Lage der DG

Mitglieder in Regierung und Parlament,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG –

Die Regierungserklärung zur Lage der DG –

Meine Damen und Herren,
ich möchte zu Anfang meines Redebeitrages eins ganz deutlich hervorheben.
Denn ich denke dies muss noch mal klar und deutlich gesagt werden.
Vieles was im öffentlichen Bereich in der DG geschieht ist nicht der Verdienst der
Regierung, auch wenn diese sich damit gerne schmückt.
Nein, das Meiste was hier im öffentlichen Bereich geschieht, ist langsam gewachsen
aus den Bedürfnissen und dem Engagement von fleißigen Bürgerinnen und Bürgern
der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
Ob im Bereich Kultur, Erwachsenenbildung oder im Bereich der Jugend-Förderung.
Oft schmückt sich die Regierung hier mit fremden Lorbeeren.

Und noch etwas vorab, wenn die DG Zuschüsse gewährt,
dann sollte der Bürger mutiger sein, und nicht als Bittsteller auftreten, der sich dafür
auch noch bedanken muss, oder meint er müsste bei Festen die Regierenden
huldigen oder speziell hervorheben.

Denn wer investiert da? Die Regierung verteilt doch nur das Geld, dass die Bürger
für sich selbst erwirtschaftet haben.
Ohne Bürger, kein Steueraufkommen und keine handlungsfähige Regierung.

Und die DG erhält viel Geld von anderen Landesteilen, also vom belgischen
Steuerzahler. Es ist somit umso trauriger, dass sie nicht rund kommt.

Nun, zur Regierungserklärung!
Der Ministerpräsident erzählte uns ca. 1 St und 20 min, wie gut die Regierung die
Lage im Griff hat, beruhigt etwas, mischt dies mit ein bisschen Angstmacherei.
Ohne die Regierung läuft bekanntlich Gar nichts!

Zwischendurch ist man dann ein gleichberechtigter auf Augenhöhe agierender
Gliedstatt, ein paar Sätze weiter dann wieder ganz klein, und muss tun was die
Großen sagen, ohne Widerworte!
Kurzum typisches Regierungs-Gerede wie wir es seit Jahren hier kennen.

3 Sätze fassen das Gesagte zusammen:
80 min - Selbstbeweihräucherung –
80 min – Dagewesenes, gehörtes – aber diesmal bedeutend schwächer
Kein Griff, keine politische Vision, keine Antworten auf aktuelle und zukünftige
Probleme!
80 min politische Leere –
Und das in diesen Zeiten –

Noch nie gab es so viel Arbeitslose in der DG –
Und noch nie hatte die DG so viele Schulden – wie heute.
Das gleiche gilt für Belgien!
In absoluten Zahlen, hatte Belgien nie mehr Schulden als heute.

Regierungserklärung zur Lage der DG

Und gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl, der Erwerbslosen um fast 23.000 angestiegen.

Und wieder ist der prozentuale Anstieg in der DG größer als in der Wallonie oder in Brüssel.

Und Europa steht vor einem Scherbenhaufen mit einem Heer von Arbeitslosen und Berge von Schulden, verursacht durch ein Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystem, welches hier im Hause von Regierungsseite aus immer noch als alternativlos dargestellt und verteidigt wird.

Einige werden jetzt denken, das hat er doch schon mal gesagt.

Ja, das stimmt. Das traurige ist nur, die Zahlen steigen weiter und weiter und es wird schlimmer.

Bereits mehrfach hab ich auf die Dramatik in diesem Bereich hingewiesen, habe mehrfach bereits den Wortlaut:

Noch nie – benutzt –

Getan hat sich diesbezüglich, von politischer Seite aus wenig, oder Gar nichts!

Zumindest nichts was die Lage verbessert hätte.

Der zuständige Arbeitsminister, hatte vor einigen Monaten in einer Haushaltsdebatte mal erwähnt: „Wir treten zuerst einmal als Arbeitgeber auf,...“

Ja, so kann Beschäftigungspolitik auch aussehen.

Man stellt Leute im öffentlichen Dienst ein.

Anstatt sich um Konzepte zu bemühen um die Lage zu verbessern.

Denn für jede Stelle im öffentlichen Dienst, müssen auf anderer Stelle Steuergelder erwirtschaftet werden.

Damit möchte ich die Dienste nicht kleinreden, sondern die Politik dieser Mehrheit.

Interessant ist, vor zwei Wochen hatte der zuständige Arbeitsminister, in einer Rede auf einer Veranstaltung der KBC Bank Gruppe, erwähnt, dass in Belgien die Bürokratiekosten zu hoch seien und dass das bestehende Steuersystem abgeändert werden müsste.

In dieselbe Richtung argumentierte ein ProDG Fraktionsmitglied in einem Leserbrief.

Nun, welch große Erkenntnis – da kann man nur staunen!

Nur warum sagen Sie dann hier im Hause zu allem Ja und Amen, was uns von Brüssel vorgelegt wird.

Seltsam... oder sind wir schon im Wahlkampf?

Meine Damen und Herren,

„Bedeutsam, ist nicht das was Regierungsmitglieder erzählen. Bedeutsam ist das was sie uns verschweigen!“

Und die konventionelle Politik, ist mit ihrem Latein am Ende, und sie weiß es im Grunde genommen selbst wenn sie ehrlich ist.

Ich werde kurz auf einige Äußerungen und Zahlen in der Regierungserklärung eingehen und dann verschiedenen Alternativen aufzeigen.

Regierungserklärung zur Lage der DG

Auf Seite 3 der Regierungserklärung wieder der Versuch eines Täuschungsmanövers bezüglich der Einnahmen der DG.

Herr Lambertz, hat wieder über Einnahme-Verluste gesprochen. Ich würde mal gerne wissen, wie Sie auf diese Einnahme-Verluste kommen, und was sie eigentlich damit meinen? Einnahme-Verluste bedeutet eigentlich, dass man weniger Geld erhält. Dabei hat die DG in den letzten Jahren, trotz Krise, immer mehr Geld erhalten.

Beispiel der letzten Haushaltsdokumente vom 25-04-2013:

Gesamteinnahmen der DG:

2010 – 181 Millionen

2011 – 194 Millionen

2012 – 200 Millionen Euro –

Die DG hat nie weniger Geld bekommen!

Sondern man hat immer nur weniger Geld erhalten als man sich erhofft hat. In absoluten Zahlen sind die Einnahmen immer angestiegen. Zu behaupten, und so wurde der zuständige Arbeitsminister im GE zitiert: „immerhin mussten wir mit 184 Millionen Euro weniger auskommen“ – ist eine Täuschung – weniger heißt weniger – aber es ist nie weniger Geld geflossen. Nur weniger als man dachte.

Ihr müsst Euch dann auch mal einig werden, ob es nun 172 Millionen weniger sind bis 2019, sowie es der Finanzminister sagt, oder 184 Millionen – Immerhin eine Differenz von 12 Millionen Euro.

Naja, Prognosen sind nie so genau!
Und deshalb sollte gelten:

Von Anfang an sollte man mit viel achtsameren Zahlen ausgehen, und plant zusätzlich eine Reserve ein, wenn es schlimmer kommt als erwartet.

Hierzu ein Beispiel:

Wenn jetzt der Herbst naht, dann hat der gute Familienvater vorgesorgt.

Er hat entweder genügend Brennholz oder er füllt seinen Heizöl-Tank, um gut über den Winter zu kommen.

Und ich erinnere mich wie meine Oma immer zu sagen pflegte:

Im September musst Du schauen, dass der Schuppen voll Brennholz ist, wenn Du zu viel hast, weil der Winter milder wird als erwartet, dann freust Du Dich im nächsten Jahr und hast eine kleine Reserve – wenn Du jedoch das Geld für andere sinnlose Dinge ausgegeben hast, und nicht für genügend Brennholz gesorgt hast, dann kann es passieren das Du und Deine Familie im Februar frieren.

Und dann kannst Du Dich nicht damit rausreden, dass man ja nicht erahnen konnte, dass es so kalt wird, und schiebst die Schuld aufs Wetter, oder auf jemand anders. Rechne immer mit dem Schlimmsten, was das Wetter angeht, dann bist Du auf der sicheren Seite.

Und so sollte es eigentlich auch in der Regierung funktionieren.
Vorsorge kommt vor der Sorge.

Regierungserklärung zur Lage der DG

Nur hier läuft es genau anders herum!

Man verplant bereits, erhofftes -. Und hat dann die Frechheit zu behaupten:

„ Wir konnten ja nicht wissen, dass der Winter so kalt wird.“

Wenn man bedenkt, was diese Mehrheit alles noch nach dem Beginn der Krise 2008, der berühmten Lehmann-Pleite, alles an, na sagen wir mal Nicht-überlebenswichtig, geplant und gebaut hat!

Ich glaube eine Aufzählung der unsinnigen Projekte erübrigt sich!

Vorausschauend planen, ist nicht so die Spitzendisziplin dieser Mehrheit.

Erhofftes zu verplanen, schon eher.

Ich vermute mal in den nächsten Monaten werden die Mehrheitskollegen und die Regierungsmitglieder noch oft von Mindereinnahmen sprechen, u.a.

um ihre angekündigten Sparmaßnahmen zu rechtfertigen.

Und dies ist eine grobe Täuschung –

Meine Damen und Herren,

Ich glaube auch ein Hauptproblem ist, dass die konventionelle Politik gar nicht anders kann, die kennen weder Reserven, noch einfache Faustregeln oder vernunftbetontes Handeln, sondern sie haben sich ganz einfach von der Realität entfernt - und feiern sich dabei auch noch selbst.

Wie sonst ist dieser Satz des Finanzministers zu verstehen, dass sich die auslaufende Legislaturperiode am besten mit

„Erfolgreich regieren in finanziell schwierigen Zeiten!“ umschreiben lässt.

Wenn dem so wäre, dann hätten Sie noch Holz im Schuppen.

Doch das wurde schon lange verfeuert,

seit Jahren hat die DG keine Reserven mehr, sondern macht immer neue Schulden.

Unglaublich welche Selbsttäuschung hier betrieben wird!

Zum Parlaments-Umzug ins Sanatorium - nur einen Satz:

„Es handelt sich hierbei nicht um den Preis der Demokratie, sondern einzig und allein um ein politisches Spiel der Selbstdarstellung.“

Die Politik feiert ihre Sparmaßnahmen, schrieb ein Bürger.

Und gibt Millionen dafür aus, könnte man nach hinzufügen.

Treffender kann man die kommenden Festtage der DG nicht beschreiben –

Es geht schon lange nicht mehr um unsere Kultur-Autonomie –

Nein, es geht um was anderes.

Meine Damen und Herren wir brauchen ein Umdenken.

Wir müssen weg von diesen politischen Spielchen –

Vom Feiern und Selbstbeweihräuchern –

Vom Fordern ohne nachzudenken –

Um vom gewissenlosen Handeln –

Hin zu einer politischen Vernunft –

Wo es um den Menschen, den Bürger und um unsere Zukunft geht!

Regierungserklärung zur Lage der DG

Aber hier ist auch der Bürger gefragt –
Solange dieser, dieses Schauspiel mitmacht und mitfinanziert,
kehrt keine Besserung ein.

Nur jammern bringt nichts – Aufwachen!
Manchmal frag ich mich: „Wo denkt ihr, geht das eigentlich noch hin?“

Weiter zur Regierungserklärung:

Also der zuständige Finanzminister spricht auf Seite 5 der Regierungserklärung,
davon dass die alleinige Haushaltssanierung und Konsolidierung kein Allheilmittel ist.

Also, ich frag mich schon wo hat hier jemals eine vernünftige Haushaltssanierung
stattgefunden?

Es wird immer mehr Geld ausgegeben, weiterhin gebaut und geplant –
Gefeiert und eingestellt –
Das Sanatorium wurde gerade mal um 840.000,- € teurer
obwohl einige hunderttausend Euros bereits vorgesehen waren für Unerwartetes,
und obwohl uns immer beteuert wurde das dieser Rahmen niemals überschritten
würde, das heißt „Unerwartet“ waren dann mehr als 1 Millionen €–
das Parlament gönnt sich ein neues Logo von fast 10.000,- €,
Für 150.000 Euro wird eine Ausstellung im neuen Parlamentsgebäude geplant.
Am Heidbergkloster werden auch 10Millionen verbaut.

Jetzt sind bereits zahlreiche Feste im In- und Ausland für die nächsten Monate
geplant, also in gewissen Bereichen hab ich nicht den Eindruck dass gespart wird
und eine Haushaltssanierung sieht eigentlich anders aus.
Ja, man hat in den Diensten gekürzt, und Gehälter heruntergeschraubt,
Dotationen eingefroren und man hat direkt oder indirekt Druck ausgeübt.
Aber eine Sanierung?

Ich frag mich auch hier, wie kommen Sie auf solche Begriffe –

Auf Seite 5 – steht in meinen Augen eine sehr bedeutende Aussage.

Der Finanzminister merkt an, dass die DG sich einschreiben muss –
Wohlgemerkt – muss – in die Wachstums-Strategie 2020 der EU,
sowie in den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, welcher zwischen
dem Föderalstaat und den Gemeinschaften und Regionen vereinbart wurde.
Erstens, ich frage Sie: Wurde dieser Pakt für Wettbewerbsfähigkeit hier im Parlament
vorgestellt; und haben wir darüber diskutiert oder abgestimmt?
Nein, das geht alles an den Volksvertretern vorbei –
Das machen die Regierungen unter sich aus.

Es gibt also zwei bedeutende Elemente, welche die DG Politik nachhaltig
beeinflussen werden und welche hier im Parlament unbedingt diskutiert werden
sollten, denn sie betreffen den Alltag fast eines jeden Bürgers der Gemeinschaft.

Regierungserklärung zur Lage der DG

Hierzu einige Infos zur EU Wachstumsstrategie:
Zuerst die fünf EU-Kernziele für das Jahr 2020

- Beschäftigung:

75 % der 20- bis 64-Jährigen sollen in Arbeit stehen

- Dann geht's um Innovation und Forschung –
- Klima- und Energie

Dann Bildung: Verringerung der Schul-Abbrecher-Quote auf unter 10 %

Steigerung des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit abgeschlossener

Hochschulbildung auf mindestens 40 %. Man staune –

Und dann um Armut und soziale Ausgrenzung –

Meine Damen und Herren, das hört sich nach typischen politischen Floskeln an, aber ich gebe zu Bedenken die EU Kommission ist eine gut gegliederte Organisation im Dienste der Industrie, da geschieht nichts zufällig.

Nein man verfolgt eine Strategie.

18.000 vollzeitlich beschäftigte Lobbyisten in Brüssel überlassen selten etwas dem Zufall. Entgegen den Regierungen arbeiten diese äußerst effizient und professionell.

Denn bei genauerer Betrachtung insbesondere bei den Empfehlungen zu Belgien, ist die Handschrift schon deutlicher zu erkennen.

Man fordert mehr Wettbewerb –

Ein stärkerer Übergang zu einer wissensintensiven Wirtschaft –

Eine Abänderung der Lohnnormen –

Eine höhere Erwerbstätigenquote –

Gut – werden einige Denken, das ist doch alles nachvollziehbar –

Ja, nur, meine Damen und Herren –

Nicht mit einem Wort, ja nicht mit einer Silbe wird der Faktor Mensch berücksichtigt –

Denn der hat zu funktionieren, der Faktor Mensch –

Nur – Machen die Menschen das auch mit – ist die Frage?

Bereits heute sind viele Bürger dem Stress des Alltags nicht mehr gewachsen.

Burn-out wird zu einer Volkskrankheit –

Noch nie gab es so viel Medikamenten-Süchtige wie heute in Belgien und in Europa.

Noch nie wurden in Belgien so viele Psychopharmaka verschrieben –

Und die Antwort der EU Kommission –

Noch mehr, noch mehr Wettbewerb, noch mehr Bildung, noch mehr Stress –

Wenn ich heutzutage mit jungen Studenten spreche, dann ist dies ganz anders als vor 20 Jahren –

Der Stress im Studium nimmt zu –

Immer weniger Leute engagieren sich sozial oder politisch, weil sie einfach keine Zeit mehr haben – das Studium nimmt mehr und mehr Raum ein.

Auch aus finanziellen Gründen steigt der Druck.

Bereits vor 3 Jahren gab es einen interessanten Artikel im Grenz Echo –

Regierungserklärung zur Lage der DG

Das Gesundheitsministerium hatte damals die Resultate einer Studie zum Gebrauch von Psychopharmaka vorgestellt. Die Ergebnisse waren alarmierend. In der Wallonie nimmt beispielsweise jede sechste Frau Beruhigungsmittel. Die Anzahl der Patientinnen hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre verdoppelt.

Und in den letzten drei Jahren ist der Konsum weiter angestiegen.

Belgienweit ist der Konsum von Psychopharmaka um 60 % in den letzten Jahren angestiegen.

Die Leute kommen mit dem Stress des Alltags einfach nicht mehr klar!

Die deutsche Wochenzeitung – Die Zeit – veröffentlichte eine Studie über Arbeitsbelastung und Depressionen.

Die Studie bestätigte: Je mehr Stress im Job, desto höher die Gefahr, an Depressionen zu erkranken. Beleg dafür sind auch immer mehr entsprechende Krankschreibungen – ein europaweites Phänomen.

Und die Folgen des permanenten Wachstums für unsere Umwelt.

In verschiedenen EU Ländern werden seit Jahren die Grenzwerte für Giftstoffe im Trinkwasser erhöht, weil das Grundwasser einfach immer schlechter wird, durch extensive Landwirtschaft und auch durch Medikamente welche Kläranlagen nicht herausfiltern können.

Meine Damen und Herren, das sind Fakten und Folgen des Systems – Und die Allgemeinheit hat die Folgekosten zu tragen – Welche enorm sind.

Und wir hier in der DG, welche in Zukunft noch mehr Verantwortung in Sachen Gesundheitswesen erhalten – werden uns hiermit direkt auseinandersetzen müssen. Also sollten wir dies auch ansprechen und die Ursachen ergründen.

Man erntet was man sät – könnte man somit die Auswirkungen der konventionellen Politik zusammenfassen -

Und permanentes wirtschaftliches Wachstum, so wie es die EU Strategen vorsehen, ist sicherlich keine Antwort –

Und wir sollten versuchen hier einen roten Faden zu finden – denn dieser ist vorhanden.

Herr Lambertz hat nicht zufällig in seiner Regierungserklärung von einem – Muss - zur Wachstums-Strategie 2020 gesprochen -

Ein weiteres Element welches die DG Politik beeinflussen wird, und welches Auch in der Regierungserklärung angesprochen wurde, ist der Fiskalpakt.

Hierzu folgendes:

Auf der einen Seite will man immer mit den Großen mitspielen, auf der anderen Seite ist man dann ganz klein, so z.B. auf Seite 31 der Regierungserklärung.

Regierungserklärung zur Lage der DG

„Den Weg den Europa eingeschlagen hat, müssen wir mittragen“
Da sind keine Widerworte geduldet –
Wer diesen Weg eingeschlagen hat und warum darüber redet man nicht.

Auf derselben Seite steht in meinen Augen ein wichtiger Satz:
„Die Einführung des Fiskalpaktes in unsere belgisches Recht und in unsere
Gemeinschaftsrechtsgrundlagen....“ –
Ja, meine Damen ich hoffe Sie haben da gut zugehört, auch dies hat er nicht zufällig
gesagt.
Ist dies vielleicht auf föderaler Ebene mit den Ministerpräsidenten der Gliedstaaten
beschlossen worden – im stillen Kämmerlein, vorbei an den Parlamenten. Dies
alleine wäre eigentlich bereits ein Skandal.
Die Einführung der Doktrin des Fiskalpaktes in belgisches Recht.
Und spielt hier die 6. Staatsreform nicht eine wichtige Form, der Umsetzung?
Oder wird dies durch die 6. Staatsreform umgesetzt?

Dies gleicht einer Form der Aushebelung des Haushaltrechtes – nicht die
souveränen Parlamente, wie es eigentlich unsere Verfassung vorsieht, bestimmen
das Budget sondern dann der Fiskalpakt.
Eigentlich brauchen wir dann gar kein Parlament mehr - das ist alles nur Farce

Die Vorgaben gibt die EU Kommission.
Und die Regierungen regeln alles schön im Geheimen.
Und wir dürfen uns dann noch hier etwas zum Anschein streiten.

Aber warum stimmen wir eigentlich dann noch über den Fiskalpakt ab, wenn alles
schon vorgesehen ist in belgisches Recht einzubauen?

Warum haben wir eigentlich hier im Hause all die Experten eingeladen, welche uns
abgeraten, ja allemal abgeraten haben dieser Knute der EU zuzustimmen. Alles nur
Theater?

Durch die angestrebte Politik der EU werden die nationalen Parlamente mehr und
mehr bedeutungslos.
Die Nationalstaaten in Europa werden durch den Fiskalpakt und den ESM weiter
geschwächt.
Die Privatisierung öffentlichen Gutes wird mehr und mehr voranschreiten.
Der Lobbyismus der Finanz- und auch der Pharmakonzerne funktioniert wie man
sieht prima, die einen verdienen an der Krankheit der Leute die anderen an deren
Überschuldung.
Und gemeinsam steuert ihr dann unter der Knute der EU in den Abgrund.

Beispiel der Auswirkungen für Belgien –
Wir sind kein souveräner Staat mehr –
Wir sind dann ausführende Vasallen der EU –
Und wer steht dahinter –
Nicht das EU Parlament – das hat noch weniger zu sagen als die Nationalstaaten –

Regierungserklärung zur Lage der DG

Nein, die EU Kommission und eine demokratische Legitimation gibt es höchstens noch in einer homöopathischen Dosis.

Es ist dann vorbei mit der Demokratie in Europa, zumindest so wie wir geglaubt haben sie zu kennen – oder wir glaubten dass sie funktioniere –

Dies hab ich bereits erwähnt, als ihr dem ESM zugestimmt habt, und mit der Zustimmung zum Fiskalpakt in einigen Wochen oder Monaten werden Sie die Demokratie gänzlich zum Grabe tragen.

Und einige von Ihnen, wissen dass dies genauso stimmt.

Eigentlich müsste dies für einen Aufschrei hier im Parlament sorgen, aber genau das Gegenteil geschieht –

Schweigen – soweit haben wir uns mittlerweile von den Grundprinzipien der Demokratie entfernt.

Aber was muss geschehen?

Es soll und es muss wieder in erster Linie um den Bürger gehen, und nicht um die Interessen der Konzerne.

Und es bedarf mehr als ein paar Stellschrauben, welche gedreht werden müssen.

Ich möchte einige Punkte hervorheben welche für die Bürger der DG von Bedeutung sind und welche die Mehrheit in Angriff nehmen sollte:

- Erstens eine konsequente Aufklärung über die Lissabon-Strategie der EU, den ESM und über die Auswirkungen des Fiskal-Paktes auf die DG und auf die Bürger der DG – hierzu sollten kritische Experten eingeladen werden –
- Dasselbe gilt für die Wachstumsstrategie 2020 der EU – und den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Belgiens.
Wer hat hier was und warum beschlossen?
Auch hier sollte man kritischen Stimmen einen Raum geben.
Und sich sachlich mit diesen Aspekten auseinandersetzen.
- Der Bürger sollte wissen worum es hier geht, denn er ist direkt betroffen.
Dies so einfach im stillen Kämmerlein vorbei an der Öffentlichkeit zu vereinbaren, entspricht nicht den Grundprinzipien der Demokratie.
Und wir als Volksvertreter dürfen dies einfach nicht durchgehen lassen.

Denn es handelt sich hierbei um weit tiefgreifender Einschnitte für die Bürger als diese bisher von Regierungsseite aus beschrieben wurden.

Zum Thema Finanz- Sozial- und Wirtschaftspolitik, habe ich ja bereits des Öfteren unsere Ansichten und Alternativen aufgezeigt.

Mehr und mehr zeigt sich, dass der Euro sowie er heute funktioniert bald Geschichte ist – unsere Alternativen werden also immer aktueller.

Eins Satz noch zum 5 Parteien-Abkommen.

Wenn Herr Lambertz, lobend von verantwortungsbewussten und -bereiten Mitglieder spricht wenn er 5 Parteien an einem Tisch bekommt.

Regierungserklärung zur Lage der DG

Dann würde ich mir an deren Stelle mal ein paar Fragen stellen

Und kann nur sagen:

Verantwortungsvoll ist es sicherlich nicht, alles was von Brüssel kommt mit Ja und Amen abzusegnen.

Durch Ihre Zustimmung, lassen sie zu, dass die Krake der EU das Sagen hier im Lande übernimmt.

Also wenn dies verantwortungsbewusst ist?

Wieder so eine falsche Begriffswahl und eine Täuschung des Bürgers.

Meine Damen und Herren,

vor vier Jahren hab ich meine erste Rede hier im Hause mit einem Zitat von Richard von Weizsäcker beendet.

Ich möchte dies heute wiederholen, weil es passend zum Thema ist und gut passt in diese bewegte Zeit.

„Die Demokratie lebt vom Streit, und von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“

Leider fehlt hier im Hause, oft die Diskussion zu wichtigen Themen, und leider auch oft der Respekt vor der Meinung des anderen.